

## Klatsch politique



**Adolf Ogi**, Freude stiftender alt Bundesrat, gibt es nun auch in Englisch. Nicht himself zwar, aber seine Biografie «So wa(h)r es!». Da dieser Titel nicht eben nach Mann von Welt klingt, wird aus dem wahren Ogi ein «Statesman and Sportsman». Auch nicht eben vielsagend, aber immer besser als das «c'est formidable!», das auf dem französischen Cover prangt. Denn das tönt doch stark nach: «Freude herrscht!». Und das will nun wirklich kaum mehr jemand hören. thw



Degoutiert kritisiert Ringier-Publizist **Frank A. Meyer** im «Sonntags-Blick» das Ja zur SVP-Initiative. Besonders nahe gegangen ist ihm offenbar ein Satz, den Christoph Blocher in einem BaZ-Interview geäußert hat: «Die Weltschen hatten immer ein schwächeres Bewusstsein für die Schweiz.» Entnervt darüber hat Meyer seine guten Manieren vergessen. Er bezeichnet, hart an der Grenze zur Ehrverletzung, die Äusserung als «dummdreisten Satz eines notorischen Schwätzers». mfu



Er hat es, so viel ist bekannt, mit dem Sport, nicht nur von Amtes wegen. Wenn **Ueli Maurer** also nach dem einsamen Langlauftraining am frühen Morgen zum Doping greift, bevor er sich mitten auf dem Parkplatz und unter den Augen der BaZ trockene Kleider überzieht, dann, dieses Geheimnis sei hier gelüftet, pusht sich der linienbewusste Bundesrat mit Coca Cola Zero auf. db

## Nachrichten

## Nachfolger von Jenny wird am 18. Mai gewählt

**Glarus.** Die Nachfolgerin oder der Nachfolger des vergangene Woche krankheitshalber von allen politischen Ämtern zurückgetretenen Glarner SVP-Ständerates This Jenny wird am Abstimmungssonntag vom 18. Mai gewählt. Die Glarner Regierung legte diesen Termin definitiv fest. Am selben Tag wird zudem das neue 60-köpfige Parlament gewählt. SDA

## Mehr Transparenz bei Interessenbindungen

**Bern.** Die Mitglieder der Leitungsorgane von Bundesanstalten sollen künftig ihre Interessenbindungen veröffentlichen müssen. Der Bundesrat beantragt dem Parlament, einen entsprechenden Vorstoss anzunehmen. Er werde prüfen, welche rechtlichen Anpassungen für die Umsetzung des Anliegens nötig seien, schreibt er in seiner gestern veröffentlichten Antwort auf eine Motion von Yvonne Gilli (Grüne, SG). Gilli kritisiert die heutige Regelung mit Blick auf das Heilmittelinstitut Swissmedic. Dessen Institutsrat publiziere nur ausgewählte Interessenbindungen. So fehle der Hinweis, dass ein Mitglied Präsident einer Stiftung für Kaderausbildung eines Pharmaunternehmens sei. SDA

## Kommission will sparen ohne Sparprogramm

**Bern.** Der Bundesrat soll das Ausgabenwachstum eindämmen – ohne Sparprogramm. Dies fordert die Finanzkommission des Ständerats (FK) im Hinblick auf die nächste Unternehmenssteuerreform. Mit vier zu drei Stimmen bei einer Enthaltung hat sie einer entsprechenden Kommissionsmotion zugestimmt. Die Finanzkommission des Nationalrats hatte die gleichlautende Motion «Vorausschauende Finanzpolitik für prioritäre Steuerreformen ohne Sparprogramme» im Januar gutgeheissen. SDA

## Wie die Masseneinwanderungs-Initiative ohne Bürokratie umgesetzt werden könnte

## Für eine Eidgenossenschaft der Bürger

Von Reiner Eichenberger

Das Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative hat mit zwei Problemen zu tun: Die Zuwanderung ist erstens viel grösser als bei der Abstimmung vor 14 Jahren angenommen. Es kommen 80 000 statt 8000. Zweitens nützt die Zuwanderung vor allem den Zugewanderten und nicht den Schweizern. Beides können wir ändern, und zwar sowohl kompatibel mit der Initiative wie mit Europa. Wenn die Schweizer direkt von der Zuwanderung profitieren, dann ist sie kein Problem mehr, sondern eine gute Sache.

## Gewinne an die Bürger

Wie soll das gehen? Wir müssen die Gewinne aus der Zuwanderung anders verteilen: Die Eidgenossenschaft verfügt über ein riesiges Vermögen von mehreren hundert Milliarden Franken in Form von Boden, Immobilien, Reserven und Gewinnen der Nationalbank, Reserven der Suva und Anteilen an Unternehmen wie der Post oder der Swisscom. Die Zuwanderer profitieren automatisch davon. Wir sollten das nicht einfach verschenken, sondern die Erträge daraus den Schweizern zukommen lassen. So ist das Vermögen auch investiert und bringt den zukünftigen

Generationen einen Ertrag. Dazu werden diese Vermögenswerte in eine Genossenschaft eingebracht, deren Anteile allen Schweizer Bürgern und wohl auch den lange hier lebenden Ausländern gegeben werden. Sie bildet den «Bürgerstaat».

Diese Genossenschaft wäre eine Art finanzielle Holding, welche die Vermögenswerte verwalten würde. Die Erträge würden ausgeschüttet. Das ist eine urschweizerische Idee: auf lokaler Ebene gibt es die Korporationen und

## Wenn die Schweizer von der Zuwanderung profitieren, dann ist sie kein Problem mehr.

Bürgergemeinden, welche genau so organisiert sind und die Erträge an die Mitglieder ausschütten.

Ebenfalls in diese Genossenschaft sollen die Erträge aus Liegenschaftsteuern, der Eigenmietwertbesteuerung, der Vermögenssteuer und auch der neuen Mehrwertabschöpfung im Raumplanungsgesetz fliessen. Denn die Besitzer von Boden und Liegenschaften profitieren heute von der durch die Zuwanderung stetig steigende Nachfrage. Die

teilweise Abschöpfung dieses Mehrwerts sollte dem «Bürgerstaat» zugute kommen, damit davon jene profitieren, die schon lange hier sind.

Auf der anderen Seite wird aus dem heutigen Staatswesen der «Einwohnerstaat», der auch, wenn er vielleicht sehr viel effizienter ausgestaltet wird, notgedrungen höhere Steuern erheben muss als heute. Dazu müsste auch eine Grundsteuer gehören, die jeder Einwohner dem Staat schuldet. Zuwanderer hätten also weniger Vorteile als heute.

## Offene Schweiz

Mit der Steuerlast steuern wir selbstständig und ohne Diskriminierung der EU die Zuwanderung. Die Zuwanderung dürfte deutlich zurückgehen. Damit nicht nur die besten Talente aus Europa, sondern der gesamten westlichen Welt in die Schweiz kommen könnten, wäre es sogar möglich, die Personenfreizügigkeit auf alle 34 Staaten der OECD auszudehnen, ohne die Steuerung der Zuwanderung aus der Hand zu geben. Wir können es uns dann leisten, die Schweiz zu öffnen, weil wir sie nicht mehr verschenken.

Damit der Staat effizienter wird, müsste er viel mehr nach dem Äquivalenzprinzip organisiert werden. Wer

staatliche Leistungen wie beispielsweise die Verkehrsinfrastruktur beansprucht, beteiligt sich angemessen an den Kosten. Die höheren Steuern und Gebühren des «Einwohnerstaates» müssten von den Zuwanderern bezahlt werden.

## Steuerung über den Preis

Sie sind der Preis für die Zuwanderung und auch das Steuerinstrument für die Zuwanderung. Die Mitglieder im «Bürgerstaat» können dies aus dem Ertrag aus der Genossenschaft bezahlen. Die Schweiz wäre dann weiter attraktiv, insbesondere für produktive Zuwanderer und solche die nicht nur ein paar Jahre hier Steuern sparen, sondern wirklich bleiben oder gar Mitglied werden wollen, also eine Einbürgerung anstreben.

Der Vorteil für die Schweizer Unternehmen liegt auf der Hand: Der Bedarf an guten Fachkräften kann ohne Probleme gedeckt werden. Gleichzeitig kann die Masseneinwanderungs-Initiative ohne komplizierte bürokratische Kontingente und ohne flankierende Massnahmen, aber doch im Sinne der Initiative eigenständig umgesetzt werden.

Reiner Eichenberger (52) ist Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Fribourg. Aufgezeichnet von Dominik Feusi.

## Sicherheitsleck als Gripen-Argument

Schweizer Luftwaffe braucht für eine Erhöhung des Bereitschaftsgrades elf Jahre



**Peinlicher Vorfall.** Die Schweiz hatte Glück, dass die Entführung des äthiopischen Passagierjets glimpflich verlief. Foto Keystone

Von Beni Gafner, Bern

Die Schweiz hatte Riesendusel. Bei der Flugzeugentführung von Montag früh schrammte die Bevölkerung nur knapp an der Katastrophe vorbei. Einziger Grund: Beim Entführer der Boeing 767-300 der Ethiopian Airlines handelte es sich um einen Kopiloten, der weiter nichts Schlimmeres im Sinn hatte, als in der Schweiz Asyl zu erhalten. Was aber, wenn es sich um einen Entführer vom Typ Muhammad Atta gehandelt hätte, einem der Entführer des ersten Flugzeugs bei den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA?

Die entführte Maschine aus Äthiopien landete in Begleitung zweier französischer Kampffjets, die im Raum Montblanc zwei italienische Eurofighter ablösten, schliesslich sicher in Genf. Zuvor hatte der Entführer eine Stunde lang über Schweizer Boden gekreist und mit Genf verhandelt. Noch über Italien hatte er gedroht, sein Flugzeug zum Absturz zu bringen, sollte der ausgeschlossene Kapitän nicht aufhören, an die Cockpittür zu schlagen.

Dass die Schweizer Luftwaffe nicht bereit war, sorgte gestern für peinliche Schlagzeilen im Ausland. Von der «Washington Post» bis zur «Süddeutschen Zeitung» lachte gestern die halbe Welt über die Schweizer Luftwaffe, die nur zu Bürozeiten interventionsbereit sei. Derweil sind Verteidigungsministerium und Luftwaffe bemüht, das Problem

herunterzuspielen. Die Mängel seien erkannt, leider habe bisher das Geld im Umfang von 30 Millionen Franken gefehlt, was übrigens deutlich weniger als ein Prozent des Verteidigungsbudgets ausmacht. Um den Mangel zu beheben, dauere es noch etwa bis ins Jahr 2020. Bis Armeechef André Blattmann und Bundesrat Ueli Maurer (SVP) den Bereitschaftsgrad der Luftpolizei erhöht haben, werden also insgesamt elf Jahre ins Land gezogen sein. Denn spätestens seit 2009 und einer Motion des Obwaldner Ständerats Hans Hess (FDP) ist der Sicherheitsmangel zwischen Genfer- und Bodensee bekannt.

## Der Alarm erfolgte um halb fünf

Der Grund, weshalb es so lange dauert, liegt auf der Hand: Maurer und die Armeeführung wollen das unter Umständen tödliche Sicherheitsleck als Argument im Abstimmungskampf für den neuen Kampffjet Gripen gebrauchen. So schickte Maurer bereits gestern seine Departementssprecherin Karin Suini vor, um dem Schweizer Fernsehen (SRF) klarzumachen, dass «der Kauf des schwedischen Kampfflugzeugs Gripen nur eine von mehreren Voraussetzungen für eine permanente Luftüberwachung sei».

Das ist aber nachweislich falsch. Denn die technischen Voraussetzungen für eine polizeiliche Doppelpatrouille, die rund um die Uhr alarmbereit ist, wäre mit den vorhandenen 32 Kampf-

jets des Typs F/A-18 und den veralteten Tigern F-5 (bei Schönwetter) sowie dem militärischen Radarsystem Florako vorhanden. Woran es mangelt, ist an den personellen Voraussetzungen (Piloten, Alarm- und Einsatzpersonal am Boden) sowie einer Verschiebung der finanziellen Mittel. Dies wäre eine Führungsaufgabe. Dazu gehört auch, dass die Alarmierung nicht mal im Rahmen der heutigen Organisation klappte: Seit 4.30 Uhr war die Luftwaffe darüber im Bild, dass sich die entführte Maschine der Schweiz nähert. Es geschah nichts.

## Jetzt muss die SVP die Leitung übernehmen

**Bern.** Ursprünglich sollte die CVP die Abstimmungskampagne für den neuen Kampffjet Gripen politisch leiten. Doch nun muss die SVP einspringen. Die CVP gab den Lead entnervt ab, nachdem klassifizierte Dokumente des schwedischen Botschafters in der Schweiz via schwedisches Radio an die Öffentlichkeit gelangt sind. Die Dokumente zeigten unter anderem, wie intensiv das Verteidigungsdepartement von Bundesrat Ueli Maurer (SVP) bei der Kampagnenplanung mit den Schweden zusammenarbeitete. Die CVP gewann dabei den Eindruck, dass sich Jet-Hersteller Saab und die schwedische Regierung zu stark in den Abstimmungskampf einmischten. bg

## Mehr Schlepper und Drogen

Bilanz 2013 der Zollverwaltung

Gerhard Lob, Chiasso

Die Schweizer Südgrenze bleibt der Hotspot für illegale Immigration. Dies zeigt die gestern präsentierte Bilanz 2013 der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV). Die Zahl der illegal aufgegriffenen Migranten blieb mit fast 12 000 Personen gegenüber 2012 fast stabil. Deutlich zugenommen hat die Schleuserkriminalität. Die Hälfte der 12 000 illegalen Einwanderer wird im Tessin gestellt. Rund 3000 Illegale wurden direkt an die Nachbarländer zurückgeschickt, insbesondere nach Italien. Die Rückübernahme gilt ebenso für Schlepper. «Dort erwarten sie drakonische Strafen», präzisierte Jürg Noth, Chef des Grenzwachtkorps (GWK).

Für den Kriminaltourismus gibt es neu Referenzzahlen. In 1000 Fällen ist es im Jahr 2013 gelungen, Banden mit Diebesgut oder Tatwerkzeug aufzugreifen. Noth geht davon aus, dass diese Zahl auf eine tatsächliche Steigerung der Kriminalität hinweist. Die «Touristen» kommen mit der Absicht, Einbrüche und Diebstähle zu begehen. Dabei steht das Tessin im Fokus, aber auch der Raum Genf, die Nordwestschweiz sowie das Rheintal. Die Banden stammen laut GWK vorwiegend aus Osteuropa, dem Balkan, Frankreich und Italien.

Zugenommen hat in den letzten drei Jahren der Schmuggel von verbotenen Waffen sowie die Sicherstellungen von Heroin, Khat, Cannabis und Designerdrogen. Die beschlagnahmte Kokainmenge ging von 124 auf 90 Kilo zurück.

## Schengen hat sich bewährt

Für die EZV endete 2013 mit einer Rekorderneuerung von 24,1 Milliarden Franken. Täglich wurden Waren im Wert von 582 Millionen Franken exportiert und für 509 Millionen Franken importiert.

Auf die Frage, ob das Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative Folgen für die Grenzaktivitäten mit der EU habe, erklärte Oberzolldirektor Rudolf Dietrich, dass Schengen durch die Bilateralen I nicht betroffen sei: «Wir hoffen, dass sich nichts ändert.» Jürg Noth als GWK-Chef zog fünf Jahre nach Inkrafttreten des Schengen-Abkommens eine positive Bilanz: «Das Abkommen hat sich summa summarum bewährt, auch weil wir nicht Teil der Zollunion mit der EU sind.» Zöllner und Grenzwachter seien an der Grenze weiter präsent. Kritisch beurteilt er die Durchlässigkeit der EU-Aussengrenze: «Aber diese Grenze wäre auch nicht dicht, wenn sich die Schweiz aus dem Schengen-Raum zurückziehen würde.»